

Beilage 1194

Antrag

Betreff:

Abstandnahme von der Verlegung der Landestaubstummenanstalt bis zur Bereitstellung einer endgültigen Unterkunft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Kinder der Landestaubstummenanstalt aus ihrem derzeitigen Heim im Schloß Tegernsee verdrängt werden, bevor ein dem Stiftungscharakter der Landestaubstummenanstalt entsprechendes neues Heim geschaffen ist.

Wenn irgend möglich, ist die bereits getätigte Wegnahme von Zimmern an das Albertinum wieder rückgängig zu machen.

München, den 14. August 1951

Kiene

und Fraktion (SPD)

Beilage 1195

Antrag

Betreff:

Nichtverwendung der Bezeichnung „DDR“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, ihre nachgeordneten Dienststellen anzuweisen, beim Partei- und Schriftverkehr die Bezeichnung „DDR“ zu vermeiden und dafür die Bezeichnung „sowjetisch besetzte Zone“ zu gebrauchen.

München, den 14. August 1951

Ospald

und Fraktion (SPD)

Beilage 1196

Antrag

Betreff:

Einrichtung eines staatsbürgerlichen Unterrichts für die bayerische Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, für die gesamte bayerische Polizei im Staatsministerium des Innern die erforderlichen Einrichtungen für staatsbürgerlichen Unterricht zu treffen. Die Lehrer der Staatsbürgerkunde dürfen politisch nicht belastet gewesen sein.

München, den 14. August 1951

Ospald

und Fraktion (SPD)

Beilage 1197

Antrag

Betreff:

Übernahme einer Patenschaft für die Großsiedlung Maxdorf bei Ludwigshafen durch die Staatsregierung

Der Landtag wolle beschließen:

Um die Beziehungen zwischen Bayern und Pfalz zu vertiefen, wird die Staatsregierung ersucht, eine Patenschaft über das sogenannte „vergessene Dorf“ (Großsiedlung Maxdorf bei Ludwigshafen) zu übernehmen und im Rahmen dieser Patenschaftsaktion eine außerordentliche Spende in angemessener Höhe zur Verfügung zu stellen.

München, den 13. August 1951

Haußleiter

und Fraktion (DG)

Beilage 1198

Antrag

Betreff:

Bevorzugte Behandlung von Abgeordneten-Post

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, die nachgeordneten Dienststellen des Staates anzuweisen, daß

1. die Abgeordneten-Post bevorzugt, d. h. umgehend erledigt wird,
2. die zuständigen Referenten für die Abgeordneten des Bayerischen Landtags zur mündlichen oder telefonischen Aussprache nicht nur vormittags, sondern auch während der Dienststunden am Nachmittag zur Verfügung stehen.

München, den 9. August 1951

Dr. Baumgartner

und Fraktion (BP)

Beilage 1199

Antrag

Betreff:

Wiederverleihung der Kreisunmittelbarkeit an die Stadt Donauwörth

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, der durch Jahrhunderte freien Reichsstadt Donauwörth im Regierungsbezirk Schwaben die Kreisunmittelbarkeit durch Erlaß einer entsprechenden Rechtsverordnung wieder zu verleihen.

München, den 17. August 1951

Köhler

und Fraktion (BHE)